

Kurswechsel der USA gegenüber ihren EU-Verbündeten

Das Zeitalter der Institutionen geht zu Ende, das Zeitalter der Gewalt kehrt zurück.

28.01.2026 | Fjodor Lukjanow

Selbst die Berufung auf das Völkerrecht ist mittlerweile heikel geworden. Institutionen erscheinen zunehmend irrelevant, da politische und wirtschaftliche Prozesse sich nachweislich außerhalb ihrer Grenzen abspielen.

Diese Reaktion ist verständlich. Die jüngsten Ziele von Maßnahmen, die gegen die UN-Charta und andere Rechtsnormen verstoßen, sind führende westliche Staaten, also genau die Länder, die den globalen Informationsraum dominieren. Als ähnliche Verstöße in der Vergangenheit andere betrafen, wurden sie als bedauerlich, aber zweitrangig behandelt. Die Schuld wurde eher den moralischen oder politischen Unzulänglichkeiten der beteiligten Länder, einschließlich der Opfer, als einer systemischen Krise zugeschrieben.

Jetzt ist das System selbst sichtbar im Zerfall begriffen.

Die USA haben nicht nur Konventionen über Bord geworfen, sondern begonnen, diesen Ansatz auch auf ihre eigenen Verbündeten anzuwenden. Dabei handelt es sich um Partner, mit denen sie einst auf Augenhöhe oder zumindest als vertrauenswürdige Verbündete verhandelt haben. Entscheidungen werden wie durch göttliches Mandat getroffen. Das Ergebnis ist Bestürzung in Westeuropa und sogar Vorwürfe des Verrats.

Washington baut die Weltordnung ab, die es einst aufgebaut und angeführt hat – eine Ordnung, die viele bereits als mangelhaft betrachteten. Da die transatlantischen Beziehungen das Rückgrat des liberalen internationalen Systems bildeten, ist ihre Überarbeitung für die USA zu einer Priorität geworden.

Nach dem Kalten Krieg war das Kräfteverhältnis klar. Die USA und ihre Verbündeten übten ihre Dominanz aus, setzten einheitliche Regeln durch und erzielten die politischen und wirtschaftlichen Vorteile, die mit der globalen Führungsrolle einhergingen. Doch Verschiebungen der globalen Machtverhältnisse und strukturelle Probleme des kapitalistischen Systems haben diese Vorteile geschmälert und gleichzeitig die Kosten für die Aufrechterhaltung der Hegemonie erhöht.

Die Biden-Regierung stellte einen letzten Versuch dar, das alte Modell zu reparieren. Ihr Ziel war es, einen ideologisch geeinten und politisch unbesiegbaren Westen wiederherzustellen, der in der Lage ist, den Rest der Welt zu führen – wenn möglich durch Überzeugung, wenn nötig durch Zwang. Dieser Versuch schlug fehl.

Der neue Slogan lautet „Frieden durch Stärke“, gepaart mit „America First“. Dieser Ansatz ist nun in wichtigen Grundsatzdokumenten verankert, darunter die Nationale Sicherheitsstrategie und die Nationale Verteidigungsstrategie. Macht – nicht nur militärische, sondern auch finanzielle, technologische und politische – steht im Mittelpunkt der Politik. Die einzige wirkliche Einschränkung ist die eigene Kapazität Amerikas.

Wenn die vorherige Ära als „regelbasierte Ordnung“ beschrieben wurde, könnte man die neue als „präzedenzbasierte Ordnung“ bezeichnen. Handlungen schaffen Präzedenzfälle, und diese Präzedenzfälle rechtfertigen weitere Handlungen.

Diese Präzedenzfälle gelten jedoch in erster Linie für die USA. Andere Länder verhalten sich möglicherweise nur dann ähnlich, wenn es den Interessen Washingtons entspricht. Das Recht anderer Staaten, nach „amerikanischem Vorbild“ zu handeln, wird grundsätzlich nicht abgelehnt, aber nur toleriert, wenn sie stark genug sind und die Prioritäten der USA nicht in Frage stellen.

Diese Logik erstreckt sich auch auf Verbündete, die sich nun in einer besonders unangenehmen Lage befinden. Unter dem bisherigen System profitierten sie in hohem Maße von der amerikanischen Unterstützung. Der wichtigste Vorteil war die Möglichkeit, ihre eigenen strategischen Ausgaben zu minimieren, indem sie die Verantwortung an die Vereinigten Staaten delegierten. Washington förderte diese Regelung, weil sie das Funktionieren der von ihm geführten Weltordnung unterstützte.

Was einst als für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaft dargestellt wurde, wird heute in den USA zunehmend als unrentable Subvention angesehen. Washington will vergangene Kosten zurückgewinnen und künftige Belastungen vermeiden. Dieser abrupte Wandel hat seine Verbündeten schockiert, aber aus rein materieller Sicht ist die Argumentation nicht irrational. Selbst ein künftiger Regierungswechsel dürfte diese grundlegende Neubewertung der Allianzen kaum rückgängig machen.

Vor diesem Hintergrund kann die feierliche Ankündigung des Friedensrats in Davos leicht als persönliches Prestigeobjekt von Donald Trump abgetan werden. Dennoch ist sie aufschlussreich. In einer Welt, die von Macht bestimmt wird, müssen diejenigen, denen es daran mangelt, dies kompensieren, indem sie denjenigen, die sie haben, etwas anbieten.

Das wirksamste Angebot ist ein finanzieller Tribut, daher die Milliardenbeiträge. Wenn das zu kostspielig ist, kann auch eine enthusiastische Demonstration der Loyalität ausreichen. Die Mitgliedschaft in einem solchen Gremium scheint als eine Art politische Versicherung zu fungieren: als Schutz vor dem Unmut des Vorsitzenden.

Für große, unabhängige Mächte ist eine Teilnahme nahezu unmöglich. Eine Struktur, in der Rechte ausdrücklich durch den Willen des Gründers eingeschränkt werden und die Verfahren unklar bleiben, widerspricht dem Grundgedanken der Souveränität. Ob der Rat in der Praxis funktioniert oder nicht, ist zweitrangig. Seine symbolische Bedeutung ist klar: die Anerkennung der Vorherrschaft des Weißen Hauses.

Die Trump-Regierung hat erkannt, dass sich die Welt verändert hat, und sucht nach Wegen, die Vorteile der USA zu bewahren oder sogar auszubauen. Andere wichtige Akteure in der sich abzeichnenden multipolaren Ordnung müssen dasselbe tun, jedoch in ihrem eigenen Interesse und nach ihrer eigenen Logik.

Wenn Washington offen einen rationalen Egoismus vertritt, der auf Macht basiert, haben andere wenig Grund, nicht ihre eigenen Schlussfolgerungen zu ziehen.